

# Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: B 1 Berlin 5481, Tel.-Adr.: Rote Fahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 870.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Informat“, Allgemeine Informat-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis vorauszahlt, pro Woche 60 Pf., monatl. 2,60 M., einm. Leberlobn in Berlin u. Orten m. eig. Kustosa. Postbezugs anst. Westf. 2,60 M.; Streifenband im Ausland 4,20 M.; u. d. Ausland 4,50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12sp. Millimeterzettel 35 Pf.; die 3sp. Zert.-Millimeterzettel 2,50 M. Arbeiterorgan, u. Familienanz.: Millimeterz. 20 Pf. Kleine Anz.: Zertwort 20 Pf., Heberdruck 30 Pf., Arbeitmarkt: Wort 5 Pf.

## Idiotische Fälschungen der Nazis gegen die KPD. / Siehe im Blatt

# Entschlossen! Berüstet! Bereit!

Nazis bereiten ihre Terroraktionen mit Fälschungen vor — Die Lakaien der Papen-Schleicher brüllen nach dem Verbot der KPD.

Die „Rote Fahne“ konnte bereits vor vier Tagen enthüllen, daß die Berliner SA auf ausdrückliche Anweisung der Gauleitung der Nationalsozialistischen Partei die Aufhebung des „Verbotes“ der SA durch die Papenregierung mit einer Anzahl größerer, arbeiterfeindlicher Terrorakte verbinden will.

Drei Tage später veröffentlicht der „Angriff“ als Antwort eine Anzahl auf den ersten Blick als idiotisch gefälscht zu erkennende „Dokumente“. Meist man sie, so muß man sagen: Dumm kann man Fälschungen schon nicht mehr machen! Aber die Polizei des Sozialdemokraten Grzesinski dringt gestern morgen in die Wohnung eines Redakteurs der „Roten Fahne“, des Genossen Wollenberg, ein — und verhaftet ihn auf Grund der Denunziationen der Nazis!

Wir konnten über verschiedene Terroraktionen der SA, die für heute geplant sind, genau berichten. Die von der Papenregierung legalisierten SA-Banden sind am Freitagabend bereits mit vorgehaltenem Revolver in ein Arbeiterverkehrslokal und in eine Eisdielen in der Malmör Straße eingedrungen. Die Polizei des Herrn Grzesinski aber macht sich in Neukölln, ebenfalls auf Grund einer Nazidenunziation, alarmbereit gegen die heutige proletarische Haus- und Hofagitation!

Das sind Tatsachen. Ein Mißverständnis, die einen glatten Raubüberfall auf einen Redakteur der „Roten Fahne“ durchgeführt haben, genügt für die Grzesinski-Polizei, um nicht die nationalsozialistischen Banditen, sondern den überfallenen Kommunisten zu verhaften.

Sinn und Zweck der „Enthüllungen“ des „Angriff“ ist nicht allein die Ablenkung von den geplanten Bluttaten der irreführenden SA-Leute, die wieder einmal gegen die revolutionären proletarischen Freiheitskämpfer mißbraucht werden sollen.

Sinn und Zweck der „Enthüllungen“ ist nicht nur, mit der verlogenen Ueberchrist „Terrorbüro: Rote Fahne-Redaktion“, die SA-Leute zu Egzen gegen die „Rote Fahne“ und die Redaktion aufzufächeln.

Die Naziführer fühlen sich, im Dienste der Regierung Papen-Schleicher, vor allem als die Hauptkruer für ein Verbot der Kommunistischen Partei.

Jene Arbeitermörder, an deren Händen das Blut von Hunderten ermordeten deutschen Arbeitern fließt, jene Gememörder, die in dunkler Nacht heimtückisch ihre hilflosen Opfer „küssen“, wagen es, die Millionenpartei der deutschen Arbeiterklasse als eine „Verbrecherpartei“ zu beschimpfen! Sie wenden sich an die Regierung der Barone, Generale und Truht-Herren, um ein Verbot der einzigen revolutionären Freiheitspartei des Kampfes gegen das deutsche und internationale Finanzkapital zu fordern. Sie fühlen sich als reaktionärer Vortrupp gegen die KPD, die als einzige Partei für die revolutionäre Zerschlagung der Schandverträge von Versailles und Young mit fühner, unverwundlicher Entschlossenheit eintritt.

Die Naziführer brüllen nach dem Verbot der KPD. — und drücken sich im Landtag vor der Abstimmung über den kommunistischen Antrag auf Einstellung aller Tribut- und Zinszahlungen an das Auslandskapital.

Die Naziführer hehen zum Verbot der KPD. — und lassen durch ihren Vertreter Frick die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses, der zur kommenden Lausanner Konferenz Stellung nehmen soll, verhindern. Sie geben der Regierung der Großagrarien und des Chemiekapitals eine Blankovollmacht, in Lausanne die Brüningspolitik fortzusetzen.

Die Naziführer überschlagen sich fast im Ruf nach dem Verbot der KPD. — weil wir Kommunisten täglich erklären, daß die Nazis die zuverlässigste und treueste Stütze der reaktionären „System“regierung sind.

Die Naziführer brauchen das Verbot der KPD, weil sie die große Mobilmachung zur Antifaschistischen Aktion der Betriebe

und Stempelstellen, die Verwandlung der Wohnviertel in Festungen des roten Selbstschutzes, die Entlarung der Nazipolitik vor ihren betrogenen Wählern — kurz, weil sie die kommunistische Partei als die führende Kraft des proletarischen Widerstandes fürchten!

Die Regierung Papen-Schleicher-Gayl, der die NSDAP. lakonisch den Steigbügel hält, kündigt neue „schwere Entschlüssen“ für die arbeitenden Volksmassen an. Das Elend soll größer, die Unterdrückung noch schlimmer werden.

Wir prangern die Rolle der Nazis als parlamentarische Stütze und Kampforganisation dieser volksfeindlichen Politik an! Wir warnen die Arbeiterschaft vor den schamlosen Fälschungen und Provokationen dieser faschistischen Terrorbanden des Kapitals!

Wir rufen die Arbeiter und Werkstätten ohne Parteiunterschied zur gemeinsamen Verteidigung ihres Lebens, ihrer Existenz, ihrer letzten Rechte und zum Schutze ihrer proletarischen Einrichtungen auf!

Die Tatsachen, die wir eingangs dieses Artikels erwähnten und die wir im Inneren des Blattes ergänzen, zeigen die Severing-Grzesinski-Polizei im Dienste der arbeiterfeindlichen Papen-Hitler-Politik. Braun und Severing haben weder die proletarische Demonstrationenfreiheit in den letzten

Wochen hergestellt, noch die Zurückziehung der Polizei aus den Arbeiterversammlungen verkündet.

Das Entscheidende in der Rolle der SPD-Führer ist aber ihre außerparlamentarische Unterstützung des faschistischen Terrors durch die Verhinderung der kämpfenden Einheitsfront. Würde der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund den politischen Massenstreik, zu dem die Kommunisten und AGD-Anhänger rufen, durch die Kraft der 4 Millionen Gewerkschaftsmitglieder unterstützen — es wäre in kurzer Zeit aus mit der „Herzlichkeit“ der Papen-Schleicher-Hitler!

Der Kampf um die Verteidigung der Legalität der kommunistischen Partei und aller antifaschistischen Organisationen ist ein Teil des proletarischen Massenkampfes gegen die faschistische Unterdrückung und die kapitalistische Ausbeutung. Schafft in Stadt und Land das Kampfbündnis mit den gewerkschaftlich organisierten, sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeitern! Bildet den roten Massen Selbstschutz und Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion!

Mag die faschistische Meute fälschen, lügen, hehen und gar den Angriff gegen uns wagen.

Wir stehen gerüstet! Wir stehen bereit!

### Freigewerkschatter beschließen:

# Generalstreit gegen Faschismus

ADGB-Versammlung in Geyer (Sachsen) tritt geschlossen der Antifaschistischen Aktion bei

Cheumnitz, 11. Juni. Ein leuchtendes Beispiel für die antifaschistische Einheitsfront haben die Mitglieder des ADGB in dem sächsischen Arbeiterort Geyer geschaffen. Einstimmig wählten diese Freigewerkschatter in ihrer Mitgliederversammlung einen antifaschistischen Einheitsausschuss und nahmen eine Kampfschlushebung an, in der es u. a. heißt:

„Die vom Ortsausschuss des ADGB, Geyer einberufene Mitgliederversammlung begrüßt die von der kommunistischen Partei und der AGD. eingeleitete Antifaschistische Aktion und beschließt den korporativen Beitritt... Die Versammlung fordert alle Gewerkschaftsorganisationen auf, in ihren Mitgliederversammlungen denselben Beschluß zu fassen... Der Ortsausschuss des ADGB, Geyer ruft alle anderen Ortsausschüsse und freien Gewerkschaften auf, schon jetzt die Organisierung des Generalstreiks einzuleiten.“

Hört überall diesen Ruf der ADGB-Mitglieder von Geyer! Folgt ihrem Beispiel!

## Frankfurts Arbeiter rufen

Einberufung des Bezirkskongresses der Antifaschistischen Aktion

In einer Massenversammlung der Arbeiter und Werkstätten von Frankfurt a. O. wurde unter kühner Zustimmung einstimmig folgende Entschliessung angenommen:

Der faschistische Mordterror wütet im Dienste der Großindustrie und Großagrarien. Das arbeitende Volk muß sich zum gemeinsamen Kampf zusammenschließen und Schulter an Schulter gegen die faschistische Reaktion, gegen Vohraub, Unterdrückungsabbau, Massenleuern und gegen den faschistischen Mordterror kämpfen. Damit alle antifaschistischen Kräfte zum gemeinsamen Kampf zusammengefaßt werden und über die weiteren Kampfmaßnahmen beschließen, ist die sofortige

Einberufung eines Bezirkskongresses der Antifaschistischen Aktion für Berlin-Brandenburg-Neuß-Grenzmark notwendig.

Wir fordern alle Arbeiter, Angestellten und werktätigen Bauern auf, in allen Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln und in allen Landorten sofort die Vorbereitungen für den Bezirkskongress der Antifaschistischen Aktion zu treffen und schlagen vor, daß die Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion zusammentreten, um die Konferenzvorbereitungen durchzuführen.

## SA-Verbot wird am Mittwoch aufgehoben

Wie der „Völkische Beobachter“ aus zuverlässiger Quelle, d. h. also von Seiten der Reichsregierung, erfährt, wird das SA-Verbot am Mittwoch aufgehoben. Gleichzeitig damit fällt das Uniformverbot, so daß also ab Mittwoch die neu uniformierte SA wieder aufmarschieren kann. Die Zusammenarbeit zwischen den Nazis und der Regierung der Kanonenkönige und Krantjunker ist also schon sehr weit gediehen.

# Heute nachmittag 3 Uhr: SOLIDARITÄTSTAG

Veranstaltungen und Programm im Innern des Blattes